

An die
Verbindungsstelle der Bundesländer

Schenkenstraße 4
1010 Wien

A-1010 Wien, Löwelstraße 6
Telefon: ++43/1/512 14 80
Fax: ++43/1/512 14 80-72
oesterreichischer@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at

Wien, 20. Juli 2004
Zl. 096/200704/BB

GZ: VST-1712/135

Betr.: Richtlinien zur Internet-Policy

Sehr geehrte Damen und Herren!

VERBINDUNGSSTELLE DER BUNDESLÄNDER beim Amt der NÖ Landesregierung 21. JULI 2004 Zu VST- 1712/135 SB Ma

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich, zu vorliegenden Richtlinien folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Dokumentenformate

Vorweg ist festzuhalten, dass dem ggst. Dokument allenfalls Empfehlungscharakter zukommen kann (insofern erscheint die Feststellung unter Punkt 1, wonach dieses Dokument Dokumentenformate beinhaltet, die von den Behörden zu verwenden, anzunehmen bzw. abzulehnen sind (!) mehr als missverständlich). Nicht nachvollziehbar erscheint, warum angesichts der Marktdurchdringung sich office-Dokumentenformate nicht auf der Liste befinden. Auch muss hier insofern eine realistische Betrachtungsweise angesehen werden, als es für eine durchschnittliche Gemeinde kaum zumutbar sein wird, eine Vielzahl von unterschiedlichen Dokumentenformaten als aus-, jedenfalls aber anzunehmende Formate in einer eigenen policy anzuführen. Es muss den Gemeinden auch weiterhin freistehen, in welchem Format sie ihre Dokumente sowohl an die Bürgerinnen und Bürger als auch an die Wirtschaft und andere Behörden übermitteln und welche Formate andererseits von Dritten angenommen werden können. **Eine diesbezügliche Einschränkung des Handlungsspielraumes der Gemeinde bzw die Verpflichtung, hier bestimmte Programmmodule einzusetzen, wird seitens des Österreichischen Gemeindebundes mit Nachdruck abgelehnt.**

2. E-mail-Policy

Zielsetzung des Dokumentes ist es, Mindestanforderungen für den Umgang der öffentlichen Verwaltung mit dem Kommunikationsmedium E-mail zu definieren. Es handelt sich dabei um Anforderungen, die ausschließlich von IT - Experten nachvollzogen und qualitativ beurteilt werden können.

Inhaltlich wird daher dieselbe Sichtweise wie zu Punkt 1 vertreten, da auch hier technische Standards auf Maximalniveau in einer Form empfohlen werden, die nicht die unterschiedlichen technischen Voraussetzungen, geschweige denn die Größe der jeweiligen Gebietskörperschaften berücksichtigt, und auch eine Beurteilung durch die Interessensvertretungen ausschließt. Sofern nicht in einer nachvollziehbaren Form dargestellt wird, welche Auswirkungen für die Gemeinden mit diesen Empfehlungen verbunden sind, **kann sich der Österreichischen Gemeindebund keinesfalls diesen Empfehlungen anschließen.**

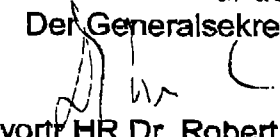
Diese Bedenken beziehen sich auch auf das Dokument zur Internet-Policy, nicht zuletzt auch im Hinblick darauf, dass offensichtlich seitens der Autoren davon ausgegangen wird, dass jede Behörde/Dienststelle eine eigene „Policy“ auf ihrer Homepage formuliert und umsetzt.

Seitens des Österreichischen Gemeindebundes bestehen daher gegen vorliegende Dokumente große Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:

Der Generalsekretär:


vortr. HR. Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Mödlhammer e.h.
Bgm. Helmut Mödlhammer